

Tschechien: Konsolidierungsstand vor den Parlamentswahlen 2010. Eine Bestandsaufnahme.

1. Einleitung	1
2. Konstitutionelle bzw. institutionelle Konsolidierung.....	2
3. Repräsentative Konsolidierung	4
4. Verhaltenskonsolidierung.....	6
5. Konsolidierung der Bürgergesellschaft.....	6
6. Ursachen für den Regierungsturz im März 2009.....	11
7. Zusammenfassung.....	14
Literaturverzeichnis.....	15

1. Einleitung

Der Konsolidierungsprozess fing bereits in der Tschechoslowakei im Jahre 1989, nach der „Samtenen Revolution“, an. Die Teilung der Tschechoslowakei stellte zwar eine Zäsur im institutionellen Bereich dar, nicht jedoch im Komplex der politischen Kultur und auf der intermediären Ebene.

Die Bewertung des Konsolidierungsgrades ist umstritten, weil verschiedene Faktoren im Transformationsprozess unterschiedlich gewichtet werden. Nach den Kriterien Robert A. Dahls¹ oder Samuel P. Huntingtons müsste das politische System Tschechiens als konsolidiert erachtet werden. Petr Fiala² und Soňa Szolományi³ halten ihr jeweiliges Land (Tschechien/Slowakei) für eine konsolidierte Demokratie. Auch im *Freedom-House*-Rating werden die Tschechische und Slowakische Republik den konsolidierten Demokratien zugerechnet.⁴ Demgegenüber beurteilt Timm Beichelt⁵ Tschechien als „formal demokratisches Regime“, und die Slowakei (zusammen mit Russland und der Ukraine) als „minimaldemokratisches Regime“. Michal Kubát⁶ bezeichnet Tschechien als konsolidierte, die Slowakei als lediglich „semikonsolidierte“ Demokratie.

Für eine komparative Analyse des Konsolidierungserfolgs erscheint das von Wolfgang Merkel entwickelte Konsolidierungsmodell geeignet, da es eine getrennte Evaluation einzelner Segmente des politischen Systems und damit eine differenziertere Betrachtung ermöglicht. Merkel unterscheidet vier Konsolidierungsebenen: konstitutionelle Konsolidierung, repräsentative Konsolidierung, Verhaltenskonsolidierung und Konsolidierung der Bürgergesellschaft. Der Konsolidierungsprozess verläuft auf allen Ebenen

¹ Robert A. Dahl, *Demokracie a její kritici*, Praha 1995, S. 212.

² Petr Fiala, *Česká republika, transformující se nebo konsolidovaný politický systém?* In: *Středoevropské politické studie*, 1/2001, <http://www.iips.cz/seps/index.php?ID=7>, S. 4.

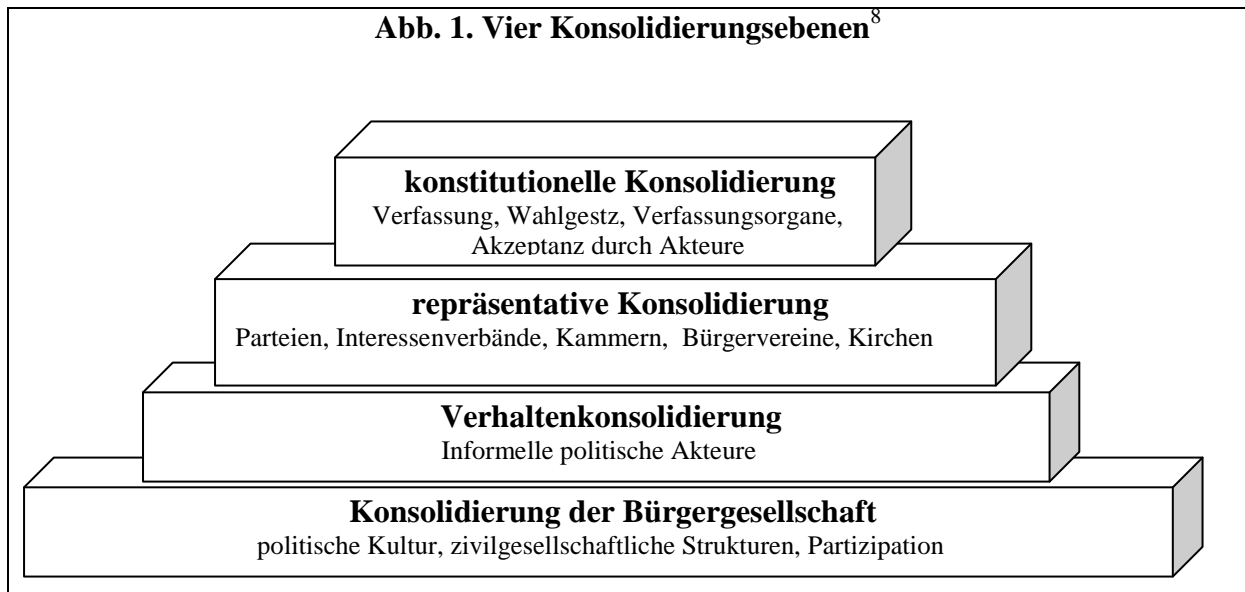
³ Soňa Szolományi, *Cesta Slovenska k demokracii: od „devianta“ k štandardnej novej demokracii*. In: Grigorij Mežnikov/Olga Gyárfášová (Hg.), *Slovensko: Desať rokov samostatnosti a rok reforiem*, Bratislava 2004, S. 9-24, hier 10.

⁴ www.freedomhouse.org/template.cfm?page=438&year=2008

⁵ Timm Beichelt, *Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa*. In: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur*, Opladen 2002, S. 183-198, hier 198.

⁶ Michal Kubát, *Postkomunismus a demokracie*, Praha 2003, S. 27.

parallel, jedoch ist er in der Regel zuerst auf der konstitutionellen und zuletzt auf der Ebene der Bürgergesellschaft abgeschlossen.⁷ Die tschechischen Erfahrungen bestätigen Merkels Prämissen.



2. Konstitutionelle bzw. institutionelle Konsolidierung

Die konstitutionelle Konsolidierung, die in der Regel am frühesten abgeschlossen ist, bezieht sich insbesondere auf die Verfassungsinstitutionen und das Wahlgesetz.⁹ Es sollten auch andere staatliche Institutionen und die Befestigung der gesamten Verfassungs- und Rechtsordnung hinzugerechnet werden, so dass von einer institutionellen Konsolidierung gesprochen werden kann. Von großer Bedeutung ist, dass zu der konstitutionellen Konsolidierung nicht nur die formale Herausbildung dieser Institutionen gehört, sondern auch die Respektierung der Spielregeln durch die Akteure. Der konstitutionelle Konsolidierungsprozess lässt sich in Tschechien – aus formaler Sicht – als abgeschlossen bezeichnen. Allerdings gibt es nach wie vor Defizite in der Akzeptanz der rechtlichen Normen durch relevante Akteure: In Tschechien liegen die Schwierigkeiten der konstitutionellen Konsolidierung weniger in der Ausgestaltung der Institutionen, die weitgehend abgeschlossen ist, und mehr in der unzureichenden Beachtung der Spielregeln durch die Akteure.¹⁰

Das Gewaltenteilungssystem funktioniert in Tschechien zufrieden stellend und die Verfassungsprinzipien finden sukzessive ihren Weg in die politische Praxis. Die in der Verfassung verankerten Institutionen wurden schrittweise konstituiert. Die Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit wurde in den Transformationsjahren 1993-2009 kleiner. Der Senat als die zweite in der Verfassung verankerte Parlamentskammer wurde im Jahre 1996 - d.h. erst drei Jahre nach der Staatsgründung - gewählt. Im Jahre 2000 wurden durch die ersten Kreistagswahlen die regionalen Selbstverwaltungsorgane (*kraje*) eingerichtet. Damit wurde einer weiteren – bis dato schlafenden – Verfassungsinstitution Leben eingehaucht. Ein Teil der zentralen Macht erfuhr dadurch eine Dezentralisierung. Am

⁷ Wolfgang Merkel, Systemtransformation, Opladen 1999, S. 145.

⁸ Ebd., S. 145.

⁹ Ebd., S. 145.

¹⁰ Karel Vodička/Ladislav Cabada, Politický systém České republiky, Praha 2007, 344.

1.1.2003 wurde auch das in der Verfassung vorgesehene Oberste Verwaltungsgericht ins Leben gerufen, das mit der Zeit zu einer – dringend notwendigen – Verbesserung der öffentlichen Verwaltung beitragen könnte.

Die Entscheidungen des Verfassungsgerichts werden von politischen Akteuren respektiert. Die Verfassungsrechtssprechung aus der Legislaturperiode 1998-2002 illustriert das institutionelle Spannungsverhältnis, das zwischen der damaligen stillen, verdeckten Koalition aus Sozialdemokraten und der Demokratischen Bürgerpartei auf der einen und dem Verfassungsgericht sowie dem Staatspräsidenten auf der anderen Seite bestand. Das Verfassungsgericht erwies sich als eine wirksame Barriere gegen die Bemühungen des Machtkartells der Sozialdemokraten und der Demokratischen Bürgerpartei, die in der Verfassung verankerten Grundparameter des politischen Systems abzuändern; es erfüllte seine Funktion im Gewaltenteilungssystem. Das Verfassungsgericht hob aufgrund der Verfassungsbeschwerde des Staatspräsidenten, *Václav Havel*, diejenigen Bestimmungen des Wahlgesetzes 204/2000 auf, die das Wahlsystem zugunsten der beiden großen Parteien radikal deformierten und ihre Macht auch für die Zukunft sichern sollte; das Wahlgesetz hätte ansonsten zur Machtverfestigung der Großparteien und zur Marginalisierung ihrer kleineren Konkurrenten geführt.¹¹ Ferner verhinderte das Verfassungsgericht die Versuche, die Unabhängigkeit der Zentralbank einzuschränken,¹² empfahl die Herabsetzung der Prozentgrenze für die Wahlkampfkostenerstattung¹³ und schränkte die übermäßige finanzielle Begünstigung der Parlamentsparteien gegenüber den anderen Parteien ein.¹⁴ Durch seine Entscheidungstätigkeit trug das Verfassungsgericht maßgeblich zum Erhalt der Parteienpluralität und zum politischen Wettbewerb bei.

Die Parlamentswahlen verliefen im Wesentlichen korrekt. Das Verhältniswahlrecht, mit dem das Abgeordnetenhaus gewählt wird, hat sich grundsätzlich bewährt. Es prägte das Parteiensystem in der Weise, dass es eine exzessive Parteienzersplitterung verhinderte und die Herausbildung eines moderat fragmentierten Parteiensystems begünstigte.¹⁵ Als vorteilhaft erweist sich die verfassungsrechtliche Verankerung des Verhältniswahlrechts für die Abgeordnetenkammer und des Mehrheitswahlrechts für den Senat. Das Wahlsystem wird durch die Verfassung geschützt, was das Risiko reduziert, dass eine aktuelle einfache Parlamentsmehrheit das Wahlgesetz aus machtpolitischem Kalkül manipuliert.

Bislang ermöglichte jede Wahl zur Abgeordnetenkammer die Regierungsbildung. Die Bildung einer Regierungskoalition gestaltete sich allerdings immer schwierig. Dies ist nicht auf das Wahlsystem per se zurückzuführen, sondern auf die starke Präsenz der Kommunistischen Partei in der Abgeordnetenkammer. Die Kommunisten sind auf der Zentralebene weiterhin isoliert, sie werden als koalitionsunfähig angesehen. Ihre Stimmen fehlen daher immer zur Bildung einer möglichen Regierungskoalition.¹⁶

Der Sinn des Senats wird oft bezweifelt. Der Senat - mit geringen Kompetenzen und ohne Anbindung an die Regionalparlamente - wird als eine zu teure Verfassungsinstitution angesehen.¹⁷ Die Gesetzgebungsinitiative des Senats ist mit einem Anteil von nur 2 % der

¹¹ Nález Ústavního soudu 64/2001 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 64/2001 Slg.).

¹² Nález Ústavního soudu 278/2001 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 278/2001 Slg.).

¹³ Nález Ústavního soudu 243/1999 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 243/1999 Slg.).

¹⁴ Nález Ústavního soudu 98/2001 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 98/2001 Slg.).

¹⁵ Vodička/Cabada, *Politický systém České republiky*, S. 205.

¹⁶ Karel Vodička, *Das politische System Tschechiens*, Wiesbaden 2005, S. 144.

¹⁷ Jičínský, Zdeněk/Míkule, Vladimír, 1995: Einführung, in: Schmid, Karin/Horský, Vladimír (Hrsg.), *Das Ende der Tschechoslowakei 1992 in verfassungsrechtlicher Sicht*, Berlin, S. 7-84, hier S. 55.

vorgelegten Gesetze gering.¹⁸ Es mag auch fraglich erscheinen, ob bei der Gesetzgebung ein suspensives Veto sowohl des Staatsoberhauptes als auch des Senats sinnvoll ist.¹⁹ Andererseits bewährte sich der Senat in der Legislaturperiode 1998-2002, die durch die Übermacht des ČSSD/ODS-Machtkartells in der Abgeordnetenversammlung gekennzeichnet war, als eine institutionelle Absicherung gegen Wahlgesetz- und Verfassungsmanipulationen im Interesse der großen Parteien.

Der konstitutionelle Konsolidierungsprozess lässt sich in Tschechien – aus formaler Sicht – als abgeschlossen bezeichnen. Allerdings gibt es nach wie vor erhebliche Defizite in der Akzeptanz und Einhaltung der Spielregeln durch relevante Akteure. Das institutionelle System und die in ihm verlaufenden Entscheidungsprozesse sind durch klientelistische Beziehungen und Korruption beeinträchtigt. Die Bestechung, von den Menschen in der kommunistischen Zeit als etwas Natürliches erachtet, verbreitete sich explosionsartig im Zuge der Privatisierung der 1990er Jahre.²⁰

Nach Auffassung der Bürger sind von der Korruption am stärksten politische Parteien, öffentliche Verwaltung, Banken und Polizei betroffen.²¹ Diese Ansicht wird von der Transparency International, Zweigstelle Prag, geteilt. Der Chef der TI – Zweigstelle für Tschechien, David Ondráčka, sieht das Hauptproblem in Tschechien in der politischen Korruption, im unkontrollierten Lobbyismus und in der massiven politischen Einflussnahme in der Justiz sowie in der öffentlichen Verwaltung.²² Korruption und Wirtschaftskriminalität werden von 80 % der tschechischen Bürger als das gravierendste Problem des Landes wahrgenommen.²³ Die Bestechlichkeit wird von der Öffentlichkeit scharf kritisiert und die Unfähigkeit bzw. der Unwille der politischen Eliten, mit dieser Angelegenheit fertig zu werden, schwächt essentiell die Legitimität des politischen Systems und seiner Institutionen.

In Tschechien kann die Korruption, die mit den vorrevolutionären Beziehungsnetzen eng zusammenhängt, als ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Organisation angesehen werden.²⁴ Die Korruptionsindikatoren deuten an, dass die Bestechlichkeit in Tschechien nicht abnimmt. Im Corruption Perceptions Index 1998 wurde Tschechien mit 4,8 bewertet, im Jahre 2008 war es 5,2 – also praktisch unverändert. Tschechien ist 2008 auf einem Niveau mit Bhutan, Malaysia und Costa Rica. Die übrigen postkommunistischen Länder weisen allerdings noch schlechtere Ergebnisse auf.²⁵

3. Repräsentative Konsolidierung

Als repräsentative Konsolidierung bezeichnet Merkel²⁶ die territoriale und funktionale Interessenrepräsentation, insbesondere die Parteien und Interessenverbände. Die bedeutsamsten Vertreter ökonomischer Interessen sind Gewerkschaften und

¹⁸ Zdenka Mansfeldová, Das tschechische Parlament im Zeichen allmählicher Stabilisierung, in: Kraatz, Susanne/Steinsdorff, Silvia von (Hg.), Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa, Opladen 2002, S. 111-125, hier S. 119.

¹⁹ Wolfgang Ismayr, Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In: ders., Hg., Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2004, S. 9 – 69, hier S. 43.

²⁰ Korupce a protikorupční politika v České republice, Monitoring procesu vstupu do EU, Open Society Institute 2002 (www.transparency.cz/pdf/osi_2.pdf), S. 79.

²¹ Ebd., S. 80.

²² <http://www.transparency.cz/index.php?lan=cz&id=2813>; http://www.rozhlas.cz/radiozurnal/dvacetminut/_zprava/590345

²³ Korupce a protikorupční politika v České republice, S. 78.

²⁴ Veronika Lopourová, Koncept korupce v českém transformačním kontextu. In: Politologický časopis, Heft 4/2004, Jg. XI, S. 354-369.

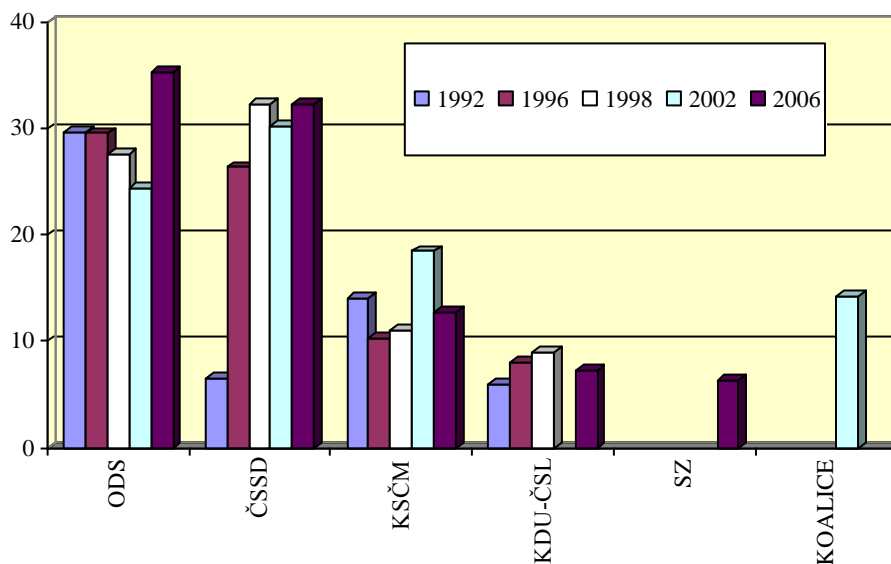
²⁵ Transparency International 2008 Corruption Perceptions Index.

²⁶ Merkel, Systemtransformation, S. 145.

Arbeitgeberverbände. Als Vertreter nicht ökonomischer – zivilgesellschaftlicher - Interessen gelten vor allem Kirchen, Umweltverbände und Sportvereine. Nach chaotischen Verhältnissen am Anfang der Transformation ist in Tschechien mittlerweile ein strukturiertes intermediäres System zu erkennen. Die Interessengruppen suchen noch nach optimalen Mechanismen und geeigneten Adressaten ihrer politischen Wirkung²⁷. Die intermediären Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände, Berufskammern, Kirchen und Vereine haben an Bedeutung gewonnen und erfüllen zunehmend ihre Funktion als organisierte Interessenvermittlung.²⁸

Abb. 3. Wahlen zur Abgeordnetenkammer 1992 – 2006

(in % der Wählerstimmen)²⁹



ODS	<i>Občanská demokratická strana/Demokratische Bürgerpartei</i>
ČSSD	<i>Česká strana sociálně-demokratická/Tschechische Sozialdemokratische Partei</i>
KSČM	<i>Komunistická strana Čech a Moravy/Kommunistische Partei Böhmens und Mährens</i>
KDU-ČSL	<i>Křesťansko-demokratická unie – Československá strana lidová/Christlich-demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei</i>
SZ	<i>Strana zelených/Die Partei der Grünen</i>
Koalice	<i>Wahlkoalition der Volkspartei (KDU-ČSL) mit der Freiheitsunion (US-DEU)</i>

Das tschechische Parteiensystem konsolidierte sich rasch.³⁰ Die Wähler identifizierten sich zunehmend mit bestimmten Parteien und die Anzahl der Parlamentsparteien sank. In Tschechien kristallisierte sich eine vergleichsweise stabile Konstellation mit zwei Großparteien heraus: der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) und der Demokratischen Bürgerpartei (ODS). Sie wechseln sich an der Regierung ab. Im Parlament

²⁷ Fiala, Česká republika: transformující se nebo konsolidovaný politický systém? S. 3.

²⁸ Vodička, Das politische System Tschechiens, S. 123-138.

²⁹ Quelle: www.volby.cz

³⁰ Fiala, Česká republika, transformující se nebo konsolidovaný politický systém?, S. 4; Lubomír Brokl, Repräsentace zájmů v politickém systému České republiky, Praha 1997, S. 70; Vodička, Das politische System Tschechiens, S. 151.

sind außerdem die linksradikale Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM), die Volkspartei (KDU-ČSL) als eine traditionsreiche, christliche Partei der Mitte und die Partei der Grünen (SZ) als moderne, ökologische Partei vertreten.

Die relative Stabilität des tschechischen Parteiensystems stellt im postkommunistischen Raum eher eine Ausnahme dar, da die meisten Parteiensysteme Osteuropas sich nach wie vor in einer dynamischen Entwicklung befinden. In mehreren Ländern sind fragmentierte und instabile Vielparteiensysteme entstanden, in denen es üblich ist, über die Grenzen politischer Lager hinweg heterogene Koalitionen („Regenbogenkoalitionen“) einzugehen³¹.

4. Verhaltenskonsolidierung

Die dritte Konsolidierungsebene betrifft das Verhalten informeller politischer Akteure (Militär, Finanzkapital, Unternehmer). Die Kardinalfrage lautet, ob die informellen Akteure ihre Interessen innerhalb oder außerhalb des legitimen politischen Systems verfolgen. Die Armee verhält sich in der tschechischen Tradition loyal. Der Unternehmenssektor zeichnet sich hingegen nicht selten durch die Tendenz aus, seine Interessen außerhalb der institutionellen Strukturen des Staates zu verfolgen. Viele Unternehmer kommen in Versuchung, ihre Interessen mit Hilfe illegitimer Techniken wie Bestechung und Klientelismus durchzusetzen. Insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden häufig sog. „Provisionszahlungen“ an die politischen Entscheidungsträger gewährt.³² Dieses Verhalten schwächt die Legitimität der demokratischen Ordnung und wertet die Qualität des Wirtschaftsstandortes ab.

5. Konsolidierung der Bürgergesellschaft

Unter der Konsolidierung der Bürgergesellschaft wird die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokultureller Unterbau der Demokratie verstanden.³³ Nach empirischen Untersuchungen zeichnen sich die Tschechen – im postkommunistischen Vergleich – durch relativ hohe Demokratiepräferenzen aus: fast 90 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie die angemessenste Regierungsform und die

³¹ Ismayr, Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich, S. 49-50.

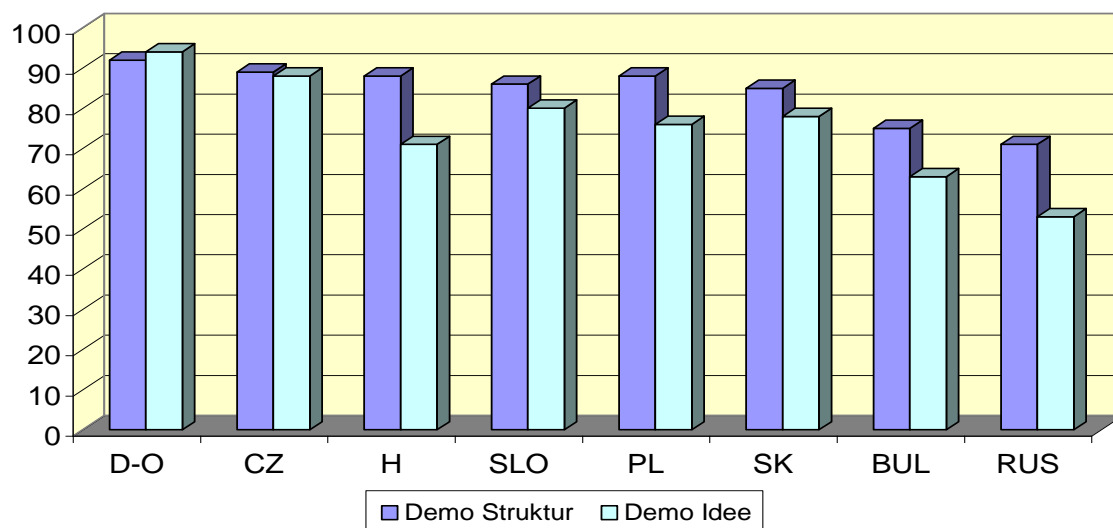
³² Vgl. u.a.: Jan Sopóci, Ekonomické zájmové skupiny v slovenskej politike v 90. rokoch. In: Politologický časopis, 2 (2001), S. 166-176, hier 174; Michal Klíma, Výročí televizní manipulace. In: Mladá fronta dnes, 14.3.2003, S. 8; Jiří Pehe, Vítězství politického šibrovství, [www. pehe.cz/ Zapisnik/03-11-10.htm](http://www.pehe.cz/Zapisnik/03-11-10.htm), 2003, S. 1; Karel Vodička, Political Systems of the Czech and Slovak Republics. A Comparison of Risks and the Consolidation Process. In: Grigorij Mesežnikov/Ol'ga Gyárfášová (Hg.), Slovakia, Ten years of independence and a year of reforms, Bratislava 2004, S. 27-48, hier 41.

³³ Merkel, Systemtransformation, S. 146.

Demokratieidee auf jeden Fall gut sei.³⁴ Der Prozentsatz der Tschechen, die die Demokratie in jedem Fall einer Diktatur vorziehen, bewegt sich seit 1990 in verschiedenen Umfragen über 70 %. In den westeuropäischen Demokratien liegt die generalisierte Demokratieunterstützung höher, im weiteren Osteuropa aber niedriger.³⁵ Auch unterstützt eine überwältigende Mehrheit der Tschechen den pluralistischen Parteienwettbewerb.³⁶

Abb. 4. Diffuse Demokratieunterstützung (2000)

(in % der Befragten)³⁷



Demostruktur: „Die Demokratie ist die angemessenste Regierungsform“;
Demoidee: „Die Idee der Demokratie ist auf jeden Fall gut“.

Mit dem konkreten Funktionieren des demokratischen Systems sind jedoch die Tschechen eher unzufrieden. In den östlicheren Ländern ist die Unzufriedenheit allerdings noch mehr ausgeprägt. Die Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Umbruch wünscht sich dennoch nur eine Minderheit von 20 %.³⁸

³⁴ Jan Červenka, *Demokracie, lidská práva a korupce mezi politiky*, CVVM-Bericht Naše společnost 2002, pd 21004, S. 3.

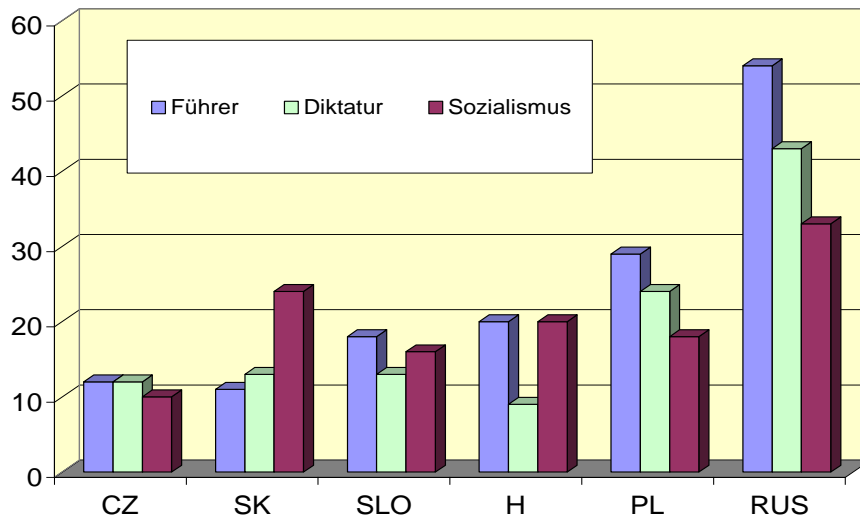
³⁵ Fritz Plasser/Peter Ulram/Harald Waldrauch, *Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung*, Opladen 1997, S. 122-125; Gert Pickel/Jörg Jacobs, *Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas*, Frankfurter Institut für Transformationsstudien, Studie Nr. 9/01, 2001, S. 6.

³⁶ Plasser/Ulram/Waldrauch, *Politischer Kulturwandel*, S. 125-128; Pickel/Jacobs, *Einstellungen zur Demokratie*, S. 6.

³⁷ Quelle: Pickel/ Jacobs, *Einstellungen zur Demokratie*, S. 6.

³⁸ Agentur Median in *Mladá fronta dnes* vom 11.11.2004, S. 1

Abb. 5. Unterstützung antidemokratischer Systemalternativen (2000)
(in % der Befragten)³⁹



Führer: „Es ist das Beste, das Parlament loszuwerden und einen starken Führer haben, der die Dinge schnell entscheiden kann“.

Diktatur: „Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die beste Regierungsform.“

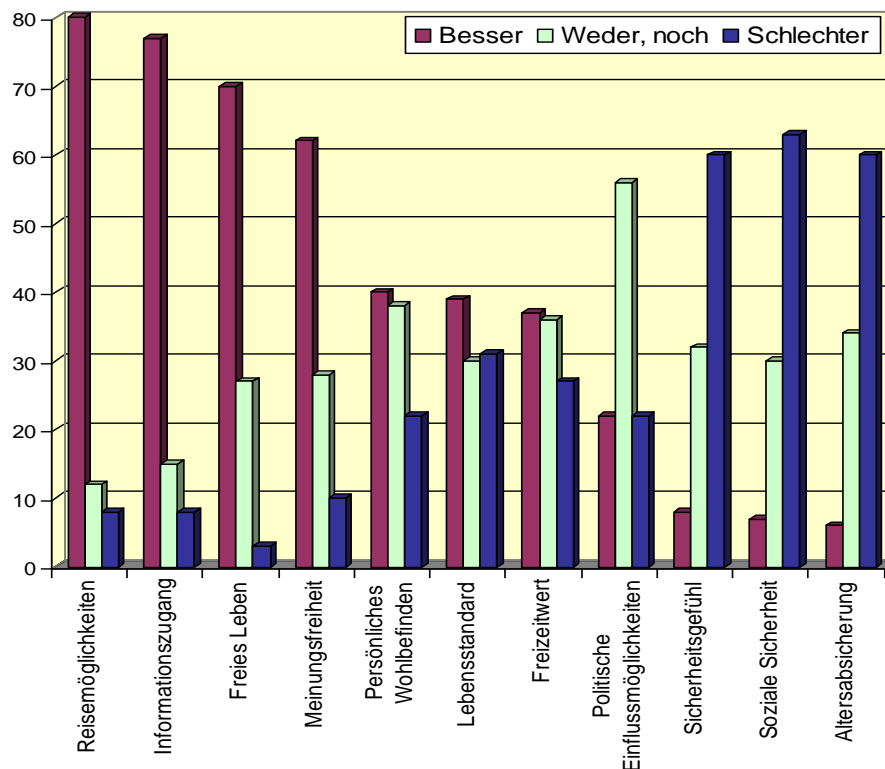
Sozialismus: „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“

Eine Mehrheit der Tschechen bewertet das gegenwärtige System im Vergleich zum Kommunismus als das bessere. Die Antworten auf Fragen nach der persönlichen Lebenssituation im alten und neuen Regime fallen dagegen ambivalent aus. In einigen Bereichen wie Reisemöglichkeiten, Zugang zu Informationen und Meinungsäußerungsfreiheit wird das gegenwärtige System als das bessere bewertet. Gemeinsamer Nenner dieser Aspekte ist die neu gewonnene Freiheit. In der tschechischen Gesellschaft besteht ein Konsens darüber, dass das derzeitige Regime mehr Freiheiten bietet als das frühere, kommunistische. Demgegenüber gibt es aber auch Lebensbereiche, in welchen die gegenwärtige Situation als schlechter perzipiert wird. Dies betrifft insbesondere soziale Sicherheiten und das allgemeine Sicherheitsgefühl.⁴⁰

³⁹ Quelle: Pickel/ Jacobs, Einstellungen zur Demokratie, S. 6.

⁴⁰ Quelle: Tomáš Kostecký/František Kalvas, Hodnocení současného vývoje v České republice veřejností. In: Grigorij Mesežnikov (Hg.), Povolebné Slovensko, Bratislava 2003, S. 43-54, hier S. 53; Adéla Seidlová, Zájem občanů o politiku, CVVM-Bericht 02-01 (2002), PD 20322, S. 4.

Abb. 6. Bewertung der eigenen Situation im alten und neuen Regime
(in % der Befragten)⁴¹



Wortlaut der Frage: „Wenn Sie Ihr heutiges Leben mit dem vor dem Umbruch 1989 vergleichen, würden Sie sagen, Ihre Situation ist in diesen konkreten Bereichen deutlich/eher besser; weder noch; deutlich/eher schlechter?“

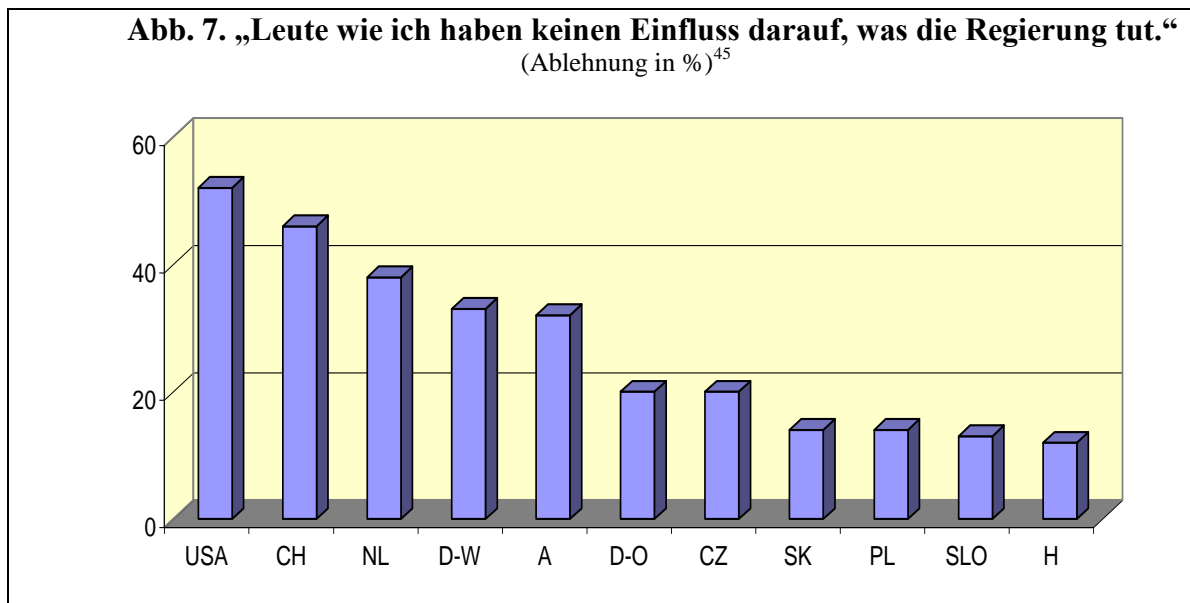
Bei Fragen nach persönlichem Lebensstandard, Freizeitwert sowie nach politischen Einflussmöglichkeiten lassen sich drei etwa gleich große Gruppen identifizieren. Für die erste Gruppe war es im alten Regime besser, für die zweite im neuen, für die dritte ist es im Prinzip gleich.⁴² Besonders frappant und alarmierend erscheint hierbei die Tatsache, dass die tschechischen Bürger die Chance, auf das politische Leben Einfluss zu nehmen, auf dem gleichen Niveau bewerten (!) wie im Kommunismus. Im Zeitraum 1996 bis 2002⁴³ nahm allerdings die positive Bewertung des gegenwärtigen Systems zu.⁴⁴

⁴¹ Quelle: Kostecký/Kalvas, Hodnocení, S. 53.

⁴² Kostecký/Kalvas, Hodnocení, S. 52.

⁴³ Umfragen 1996; 1998; 2002.

⁴⁴ Adéla Seidlová, Úroveň demokracie v ČR, CVVM-Bericht Naše společnost 2002, PD 20220, S. 4; Kostecký/Kalvas, Hodnocení, S. 53.



Die Abbildung Nr. 7 präsentiert den Prozentanteil der ablehnenden Antworten bei der Frage: „Leute wie ich haben keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut“. Wie aus dieser Graphik deutlich wird, erweisen sich die Tschechen äußerst skeptisch bei der Beurteilung ihrer politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten. In einer anderen Umfrage glaubten lediglich 6 % der Respondenten, sie könnten Angelegenheiten auf gesamtstaatlicher Ebene beeinflussen.⁴⁶ Die Graphik verdeutlicht den Unterschied zwischen westlichen Demokratien und den postkommunistischen Ländern. Wie oft bei den Umfragen, sind die Werte in Tschechien sehr ähnlich mit denen in den neuen Bundesländern.

Nach der Ansicht der Bevölkerung werden die Entscheidungen der Politiker in erster Linie durch Korruption beeinflusst: die Interessen und Meinungen der Bürger sind erst an der letzten Stelle.⁴⁷ Das hohe Maß an Skepsis ist vermutlich auch eine der Ursachen für die geringe Partizipationsbereitschaft und relativ niedrige Demokratiezufriedenheit der Bürger.

Die hier zitierten Meinungsumfragen lassen den Schluss zu, dass der Konsolidierungsprozess auf der Ebene der Bürgergesellschaft in Tschechien noch nicht abgeschlossen ist. Zwar erreichen die Tschechen beim Vergleich mit anderen postkommunistischen Ländern in verschiedenen Indikatoren der Demokratieunterstützung relativ gute Umfragewerte. Im Vergleich mit den konsolidierten westlichen Demokratien werden jedoch verschiedene Demokratiedefizite deutlich. Die allgemeine Demokratieunterstützung, die

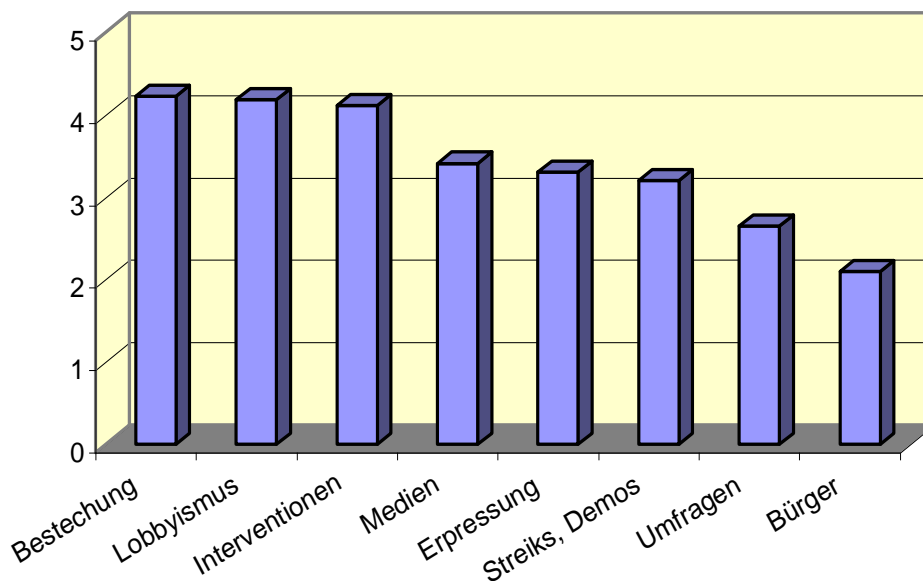
⁴⁵ Quelle: Plasser/Ullram/Waldrach, Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, S. 166.

⁴⁶ Naděžda Horáková, Uplatňování demokratických práv občanů a hodnocení politického systému u nás, CVVM-Bericht Naše společnost 2004, PD 40216, S. 1.

⁴⁷ Seidlová, Zájem občanů o politiku, S. 3.

Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Institutionen sind niedriger als in konsolidierten Demokratien. Das ausgeprägte Misstrauen zu den Institutionen wie Parteien, Parlament, Regierung, Justiz sowie zu den regionalen und örtlichen Behörden, wo der Klientelismus und Bestechung vermutlich eine noch größere Rolle spielen, wird allerdings zu einem wesentlichen Teil durch die schlechten Erfahrungen der Bürger mit diesen Institutionen verursacht. Die antidemokratischen Systemalternativen werden von den Bürgern nicht völlig abgelehnt, die Partizipationsbereitschaft ist gering. Eine Demokratie kann ohne die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung nicht als wirklich konsolidiert erachtet werden.⁴⁸ Die Zustimmung sollte insbesondere in der Form der aktiven Mitwirkung zum Ausdruck gebracht werden.

Abb. 8. „Was beeinflusst die Entscheidungen der Politiker?“
 (Durchschnittsbewertung von 7 = im höchsten Maße bis 1 = überhaupt nicht)⁴⁹



6. Ursachen für den Regierungssturz im März 2009

Der Sturz der tschechischen Regierung durch ein parlamentarisches Mißtrauensvotum am 24. März 2009 - mitten in der EU-Ratspräsidentschaft - ist ein weiteres Zeichen dafür, dass das politische System Tschechiens noch nicht als konsolidiert erachtet werden kann. Zu der Regierungsinstabilität und schließlich zum Regierungssturz trugen wesentlich wiederholte

⁴⁸ Merkel, Systemtransformation, S. 164.

⁴⁹ Quelle: Seidlová, Zájem občanů o politiku, S. 3.

gravierende und öffentlich bekannte Rechtsverletzungen seitens einiger Spitzenpolitiker der Regierungskoalition sowie die politische Korruption bei.

Nach den Parlamentswahlen 2006 entstand eine Pattsituation, weil es der Wahlsieger, die Demokratische Bürgerpartei (ODS), strikt ablehnte, mit der zweitstärksten Partei, den Sozialdemokraten, eine große Koalition einzugehen. Ein halbes Jahr lang dauerte es an, bis die von der Demokratischen Bürgerpartei geführte Regierungskoalition die Vertrauensabstimmung gewann. Zu diesem „Erfolg“ verhalfen der Demokratischen Bürgerpartei zwei Überläufer von der Sozialdemokratischen Partei, die sich auf einmal unter hoch merkwürdigen Umständen gegen ihre Partei stellten. Wie es sich herausgestellt hat, war es Marek Dalík, dem engsten Vertrauten und inoffiziellen Assistenten des ODS-Parteivorsitzenden Topolánek, gelungen, die zwei Abgeordneten durch politische Korruption zum Überlaufen zu bewegen. Diese Tatsache wurde durch ein Gerichtsurteil im Juni 2007 amtlich festgestellt (im Zivil- nicht im Strafprozess). Die höhere Gerichtsinstanz, das Obere Gericht (*Vrchní soud*), bestätigte im Widerspruchsverfahren noch mal dieses hochbrisante Urteil.⁵⁰

Im September 2008 wurde durch ein weiteres Gerichtsurteil bestätigt, dass Marek Dalík bereits in der Vergangenheit versucht hatte, einen Abgeordneten zu bestechen. Der ehemalige Parlamentsabgeordnete der Freiheitsunion Zdeněk Kořistka konnte das Obere Gericht in Olomouc davon überzeugen, dass vor vier Jahren Marek Dalík sowie der Lobbyist Jan Večerek versucht haben, ihn zu bestechen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die beiden Kořistka Mitte 2004 zehn Millionen Kronen sowie den Posten des Botschafters in Bulgarien angeboten haben, wenn er im Prager Abgeordnetenhaus gegen die Entstehung der Koalitionsregierung unter der Führung von Stanislav Gross (ČSSD) stimmen würde.⁵¹ Das Urteil des Oberen Gerichts ist rechtskräftig. Dennoch wurde in der Folgezeit gegen den mächtigen Vertrauten des Regierungschefs kein Strafverfahren eingeleitet. Das makaberste: Marek Dalík blieb weiterhin der engste Mitarbeiter des Ministerpräsidenten Topolánek.

⁵⁰ Vgl. epravo.cz. Výběr rozsudků Vojtěcha Cepla. ([http://www.epravo.cz/v01/index.php?s1=3&s2=0&s3=0&s4=0&s5=0&s6=0&m=1&typ=clanky&back\[s1\]=3&back\[s2\]=0&back\[s3\]=0&back\[s4\]=0&back\[s5\]=0&back\[s6\]=0&recid_cl=54960](http://www.epravo.cz/v01/index.php?s1=3&s2=0&s3=0&s4=0&s5=0&s6=0&m=1&typ=clanky&back[s1]=3&back[s2]=0&back[s3]=0&back[s4]=0&back[s5]=0&back[s6]=0&recid_cl=54960)).

⁵¹ vgl. Bestechungsversuch: Vertrauter des tschechischen Premiers erleidet vor Gericht schwere Niederlage. In: Tschechien Online, 18.9.2008 (<http://www.tschechien-online.org/news/13453-bestechungsversuch-schwere-niederlage-vertrauten-tschechischen-premiers/>)

Zu gravierenden Rechtsverletzungen durch die höchsten Organe der Staatsgewalt kam es in mehreren weiteren Fällen. Das größte Entsetzen der tschechischen Öffentlichkeit rief der Fall des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jiří Čunek hervor. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren wegen dringendem Korruptionsverdacht geführt, das einen Tag vor der Übergabe an das zuständige Gericht durch die Oberstaatsanwältin, Renata Vesecká, auf rechtswidrige Weise verhindert worden ist. Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister Jiří Čunek blieb weiterhin im Amt – als Leiter des einflussreichen Ministeriums für Regionalentwicklung, durch welches die EU-Mittel für die Regionalförderung in mehrfacher Milliardenhöhe (in EUR) verteilt werden. Durch das Vorgehen der Oberstaatsanwältin und weiterer hohen Justizbeamten sei nach einem zivilen Gerichtsurteil das Recht in so gravierender Weise verletzt worden, dass von einer „Justizmafia“ gesprochen werden könne.⁵² Dem Richter, der dieses mutige Urteil gegen mehrere hohe Justizbeamte gefällt hatte, wurde später im Revisionsverfahren – ohne eine schlüssige Begründung - diese Rechtssache entzogen. Der Kreisstaatsanwalt von Liberec, Adam Bašný, der durch seinen Einsatz gegen die Korruption bekannt ist, äußerte bei einer Konferenz, dass das Vorgehen der Justizbeamten in der Rechtssache Čunek den Ruf der Justiz nachhaltig geschädigt habe. Er wurde seines Postens enthoben.

Zum Misstrauensvotum gegen die Regierung führte letztlich eine weitere Affäre wegen rechtswidrigen Handlungen und dem Eingriff in die Medienfreiheit. Der ČSSD-Abgeordnete Petr Wolf trat aus seiner Sozialdemokratischen Partei aus und stimmte daraufhin im Parlament für die Regierungsvorlagen. Als Gegenleistung wurde ein Strafverfahren gegen ihn wegen Betrugs in mehrfacher Millionenhöhe eingestellt. Als ein Fernsehreporter auf diesen explosiven Sachverhalt aufmerksam machen wollte, besuchte ihn – wie er ausdrücklich sagte, im Auftrag von Topolánek - der Vertrauter des Regierungschefs, Marek Dalík, und versuchte den Fernsehreporter von diesem Vorhaben mit Andeutungen von möglichen schlimmen Folgen abzubringen. Dies ist publik geworden, weil der Journalist, nachdem er erfuhr, von wem er aufgesucht wird, sich vorbereitete und das Gespräch insgeheim aufnahm.⁵³ Die unzulässige und offensichtliche Einmischung der Regierung in die Strafverfahren und der Eingriff in die Medienfreiheit stellte für die Opposition einen triftigen Grund dar, der Regierung - trotz der EU-Ratspräsidentschaft - das Misstrauen auszusprechen. Die Opposition

⁵² vgl. Gerichtsurteil erlaubt den Begriff Justizmafia – und versetzt Politiker in Aufruhr. In: Radio Praha vom 6.6.2008 (<http://www.radio.cz/de/artikel/104858> <http://www.radio.cz/de/artikel/104858>)

⁵³ vgl. Die Affäre Wolf – Wollte Topolánek Einfluss auf die Medien nehmen? In: Radio Praha 17.3.2009 (<http://www.radio.cz/de/artikel/114286>).

warf der Regierung vor, die Medien aus der Machtposition des Ministerpräsidentenamtes zu beeinflussen und Mafia-ähnliche Zustände in der Justiz zugelassen zu haben. Die tschechischen Bürger hätten kein Vertrauen mehr in den Rechtsstaat, der von der Politik unterhöhlt werde. Die Opposition war außerdem der Auffassung, dass es auch für die EU-Ratspräsidentschaft besser sein würde, wenn eine neue Interimsregierung aus Fachleuten für die Restzeit der EU-Ratspräsidentschaft die Regierungsgeschäfte übernimmt. Die Regierungsparteien waren verständlicherweise einer gegenteiligen Auffassung. Sie verloren allerdings die Vertrauensabstimmung.⁵⁴

7. Zusammenfassung.

Die Konsolidierung des politischen Systems Tschechiens ist auf der konstitutionellen bzw. institutionellen Ebene weit fortgeschritten. Auch das intermediäre System hat sich weitgehend konsolidiert. Als wesentlich schwieriger und langwieriger erweist sich jedoch der Mentalitätswechsel und die mit ihm zusammenhängenden Bereiche. Das Verhalten sowohl der formellen als auch der informellen politischen Akteure kann nicht als konsolidiert erachtet werden. Ebenfalls die Herausbildung einer reifen, mündigen und aktiven Zivilgesellschaft wird offenkundig noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Risiko einer radikalen Entdemokratisierung kann dagegen im Hinblick auf die Einstellungen der Bevölkerung, politische Kräftekonstellation und institutionelle Konfiguration als extrem gering eingeschätzt werden. Die externen Rahmenbedingungen, die NATO- und EU-Mitgliedschaft, wirken sich stabilisierend aus.

Es kann indes nicht ausgeschlossen werden, dass der Transformationsprozess langfristig auf einem niedrigen Konsolidierungsniveau zum Stillstand kommt. Dies könnte sich in folgenden Bereichen äußern:

- minimale politische Partizipation und niedriges Vertrauen der verdrossenen Bürger
- weiterhin ineffektive öffentliche Verwaltung und Justiz
- massiv verbreitete Korruption
- niedriges Niveau der öffentlichen Dienstleistungen wie Sicherheit, Schul- und Gesundheitswesen, Verkehr und Umweltschutz.

⁵⁴ Vgl. Novinky.cz vom 17.3.2009. (<http://www.novinky.cz/domaci/164086-snemovna-bude-hlasovat-o-vysloveni-neduvery-vlade-24-brezna.html>); welt-online, 25.3.2009 (http://www.welt.de/welt_print/article/3438937/Misstrauensvotum-stuerzt-tschechische-Regierung.html).

In den letzten zehn Jahren konnte in den erwähnten Bereichen kein wesentlicher Fortschritt verzeichnet werden. Zurzeit ist es schwierig einzuschätzen, ob nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Mai 2010 der gegenwärtige Stillstand überwunden wird und erneut eine Tendenz zur weiteren Konsolidierung des politischen Systems einsetzt.

Literaturverzeichnis.

- Brokl, Lubomír 1997: Reprezentace zájmů v politickém systému České republiky, Praha.
- Beichelt, Timm 2002: Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa. In: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.), Zwischen Demokratie und Diktatur, Opladen, S. 183-198.
- Červenka, Jan 2002: Demokracie, lidská práva a korupce mezi politiky. CVVM-Bericht Naše společnost 2002, pd 21004.
- Robert A. Dahl 1995: Demokracie a její kritici, Praha.
- Fiala, Petr 2001: Česká republika: transformující se nebo konsolidovaný politický systém? In: Středoevropské politické studie, 1/2001, <http://www.iips.cz/seps/index.php?ID=7>.
- Horáková, Naděžda 2004: Uplatňování demokratických práv občanů a hodnocení politického systému u nás. CVVM-Bericht Naše společnost 2004, pd 40216.
- Ismayr, Wolfgang 2004: Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In: ders., Hg., Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, S. 9 – 69
- Jičínský, Zdeněk/Mikule, Vladimír 1995: Einführung, in: Schmid, Karin/Horský, Vladimír (Hrsg.), Das Ende der Tschechoslowakei 1992 in verfassungsrechtlicher Sicht, Berlin, S. 7-84.
- Klíma Michal 2000: Poměrný „nepoměrný“ volební systém. In: Politologický časopis, Jhg. VII, Heft 4/2000, S. 334 –361.
- Klíma, Michal, 2003a: Klintelistická strana, in: Mladá fronta dnes, 7.4.2003, S. A/6.
- Klíma, Michal, 2003b: Výročí televizní manipulace, in: Mladá fronta dnes, 14.03.2003, S. A/8.
- Korupce a protikorupční politika v České republice, Monitoring procesu vstupu do EU, Open Society Institute 2002 (www.transparency.cz/pdf/osi_2.pdf).
- Klíma, Michal 2003: Výročí televizní manipulace. In: Mladá fronta dnes, 14.3.2003, S. 8.
- Kostecký, Tomáš/Kalvas, František 2003: Hodnocení současného vývoje v České republice veřejností. In: Mesežnikov, Grigorij, Hg. Povolebné Slovensko, Bratislava, S.43-54.
- Kubát, Michal 2003: Postkomunismus a demokracie, Praha.
- Lopourová, Veronika 2004: Koncept korupce v českém transformačním kontextu. In: Politologický časopis, Heft 4/2004, Jg. XI, S. 354-369.
- Mansfeldová, Zdenka 2002: Das tschechische Parlament im Zeichen allmählicher Stabilisierung, in: Kraatz, Susanne/Steinsdorff, Silvia von (Hg.), Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa, Opladen, S. 111-125.
- Mansfeldová, Zdenka 2003: Wahlen im Transformationsprozeß der Tschechischen Republik, in: Ziemer, Klaus (Hrsg.), Wahlen in postsozialistischen Gesellschaften, Opladen, S. 283-306.
- Merkel, Wolfgang 1999: Systemtransformation, Opladen.
- Nález Ústavního soudu 243/1999 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 243/1999 Slg.).
- Nález Ústavního soudu 64/2001 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 64/2001 Slg.).
- Nález Ústavního soudu 98/2001 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 98/2001 Slg.).
- Nález Ústavního soudu 278/2001 Sb. (Erkenntnis des Verfassungsgerichts Nr. 278/2001 Slg.).
- Outlý, Jan 2003: Strany a stát, volby a finance: Vybrané aspekty primárních voleb a financování politických stran, Olomouc.
- Pehe, Jiří 2003a: Vítejte v Klauslandu (www.pehe.cz/Clanky/2003/03-pritomnost.htm).
- Pehe Jiří 2003b: Vítězství politického šibrovství, www.pehe.cz/Zapisnik/03-11-10.htm, S. 1.
- Pickel, Gert/Jacobs, Jörg 2001: Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Frankfurter Institut für Transformationsstudien, Studie Nr. 9/01.
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter/Waldrauch, Harald 1997: Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, Opladen.
- Seidlová, Adéla 2002: Úroveň demokracie v ČR, CVVM-Bericht Naše společnost 2002, PD 20220, S. 4.
- Seidlová, Adéla 2002: Zájem občanů o politiku. CVVM-Bericht 02-01, PD 20322.
- Sopóci, Jan 2001: Ekonomické zájmové skupiny v slovenskej politike v 90. rokoch. In: Politologický časopis, 2 (2001), S. 166-176.
- Szomolányi, Soňa 2004: Cesta Slovenska k demokracii: od „devianta“ k štandardnej novej demokracii. In: Grigorij Mežnikov/Olga Gyárfášová (Hg.), Slovensko: Desať rokov samostatnosti a rok reforiem, Bratislava, S. 9-24.
- Transparency International 2008 Corruption Perceptions Index
- Tvarůžková, Lucie 2003: Jak zachránit Kavčí hory, in: Týden Nr. 16, S. 40-44.
- Vodička, Karel, 2004: Political Systems of the Czech and Slovak Republics. A Comparison of Risks and the Consolidation Process. In: Grigorij Mesežnikov/Olga Gyárfášová (Hg.), Slovakia, Ten years of independence and a year of reforms, Bratislava, S. 27-48.
- Vodička, Karel 2005: Das politische System Tschechiens, Wiesbaden.
- Vodička, Karel/Cabada, Ladislav 2007: Politický systém České republiky. Historie a současnost, Praha..